Ausgabe Groß-Berlin

Einzelpreis 10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 16. Oktober 1930
Donnerstag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhoff 8937—8949. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postscheck-Konto: Berlin Nr. 107941. Bank-Konto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46

DAZ

Die „DAZ" erscheint wöchentl. zwölfmal. Bezugspreis monatl. 4.35 RM d. eig. Boten. Durch d. Post 4.35 RM monatl. einschl. 0.60 RM Postzeitungsgeb. Hierzu Bestellgeld. Anzeigenpreis 0.40 RM, Fam.-Anz. u. Stellenz. 0.25 RM die 27 mm br. Millim.-Zeile. Bei unverschuld. Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang
16. 10. m
Nr. 483
10 Pfennig

Unsere Meinung

Nach hartem Kampf, der die politische Bedeutung dieses Amtes stark in Erscheinung treten ließ, ist der Sozialdemokrat Paul **Löbe wieder Präsident des Reichstags** geworden. Sein Gegenkandidat, der Führer der Deutschen Volkspartei, Reichsminister a. D. Dr. **Scholz**, ist ehrenvoll unterlegen. Es war für die dicht besetzten Tribünen, die freilich eine stundenlange Geduldprobe bis zur definitiven Entscheidung durchmachen mußten, nicht nur ein interessantes, zuweilen an Meeresgetöse gemahnendes Schauspiel, es war auch ein hochinteressanter politischer Anschauungsunterricht. Von einer „bürgerlichen Sammelkandidatur Scholz" konnte man nicht mehr sprechen, seit dieser Versuch an der Entscheidung des Zentrums zugunsten der Wiederkehr des Sozialdemokraten Löbe als des Vertreters der noch immer stärksten Fraktion gescheitert war. Wenn Dr. Scholz sich gleichwohl, selbstlos genug, der Durchführung des Experiments nicht verweigerte, das er wohl aus politischen Gründen, besonders aus Rücksicht auf seine Sammlungsbemühungen, nicht preisgeben wollte, so wurde ihm das schlecht gedankt durch die Haltung der Deutschnationalen. Sie zerstörten, was noch von der Front der Rechtsgruppen übriggeblieben war und stimmten nicht für Dr. Scholz, sondern für einen eigenen Zählkandidaten. Die Volkspartei „rächte sich" verständlicherweise, indem sie ihrerseits nicht für den deutschnationalen Vizepräsidenten stimmte. Im Volk wird man für alle diese parlamentarischen Verrenkungen kein Verständnis aufbringen, wohl aber wird der große Zahlenerfolg des Zentrumsvizepräsidenten imponieren, in dem einfach die Tatsache zum Ausdruck kommt, wie sehr das Zentrum — viele werden sagen: leider — auch im neuen Reichstag die vorherrschende Zentralstellung unseres Parteilebens innehat. Geschickt operierten freilich auch die Nationalsozialisten, die nicht nur Verwirrung unter die anderen, sondern selbst einen hübschen Gewinn davongetragen haben. Ein Nationalsozialist als erster Vizepräsident, ein Nationalsozialist als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, das sind wichtige Positionen, deren Eroberung wohl eine Messe wert war. Daß sogar die Sozialdemokratie ursprünglich bereit war, für den nationalsozialistischen Vizepräsidenten zu stimmen, spricht Bände. Nationalsozialisten und noch immer Sozialdemokraten und Zentrum in Front . . Schlechte Zeiten für die Taktiker der Zwischengruppen!

*

In einem Ausschuß der **britischen Reichskonferenz** wird zur Zeit die Frage des Abschlusses gegenseitiger Lieferungsverträge zwischen den Gliedern des Empire behandelt. Es handelt sich dabei, wie unser Londoner Berichterstatter mehrfach ausgeführt hat, um eine alte Lieblingsidee der Labour-Regierung. Die vorerst wichtigste Möglichkeit einer praktischen Verwirklichung scheint darin zu bestehen, daß sich England verpflichtet, ein **festes Quantum Weizen aus Kanada** zu kaufen, während Kanada als Gegenleistung Eisen und Kohle von England übernehmen soll. Ein solches Abkommen würde eine Maßregel im Konkurrenzkampf beider Länder gegen die Vereinigten Staaten bedeuten, die heute sowohl Weizen nach England wie Eisen und Kohle nach Kanada verkaufen. Vielleicht spielen auch Ideen von der Einschränkung der Benutzung des Geldes als Tauschmittel eine Rolle — eine utopische Strömung, die in der englischen Arbeiterpartei genau so ihre Anhänger hat wie im deutschen Nationalsozialismus. Die Gegenwehr gegen die amerikanische Einfuhr ist deshalb verständlich, weil die Vereinigten Staaten ihrerseits ihre Zollmauern immer weiter erhöhen. Freilich wachsen infolge des steigenden Mißerfolges dieser Politik die Widerstände dagegen, und die von Owen Young und vielen Industriellen unterstützte Agitation gegen die überhöhten Schutzzölle in U.S.A. wird durch englisch-kanadische Abwehrschritte, die nach außen selbstverständlich nicht als solche charakterisiert werden, einen guten Auftrieb erfahren. Die technischen Schwierigkeiten einer Politik des direkten und quotenmäßig festgelegten Austauschs sind natürlich sehr groß, wenn sie sich nicht darauf beschränken soll, daß sich einzelne große staatliche oder unter Staatseinfluß stehende Auftraggeber zum Kauf ihrer Warenbezüge von einem bestimmten (anstatt vom jeweils billigsten) Lieferanten verpflichten. Man muß hier an den Lebensmittelbedarf der englischen Armee und Marine und an den Kohlen- und Eisenbedarf der kanadischen Eisenbahnen denken. Will man darüber hinausgehen, so stößt man folgerichtig auf die staatssozialistische Einrichtung von Einfuhrämtern oder monopolisierten Außenhandelsgesellschaften. Es ist an sich zu erwarten, daß, wenn der Weltwirtschaft durch die Methode der gegenseitigen Abschnürung ein hinreichend großer Schaden zugefügt sein wird, die Freihandelsströmungen allenthalben mit großer Kraft nach oben drängen werden. Für uns ist dabei wichtig, daß sich beispielsweise die bemerkenswerten Wünsche Rumäniens und Jugoslawiens, Industrieprodukte nur von solchen Ländern zu kaufen, die ihnen Agrarerzeugnisse abnehmen, gegen den Weltprotektionismus richten, der diesen Ländern besonders starken Schaden zufügt. Diese Staaten wollen mit neuartigen Mitteln die Wiedereröffnung von Märkten herbeiführen. Die soeben veröffentlichten Ziffern über den deutschen Außenhandel im September, die ein erfreuliches und unerwartetes Steigen der Ausfuhr zeigen, lehren erneut, daß Deutschland mit allen Ländern Handel treiben muß und daß eine Kündigung der Handelsverträge im Bausch und Bogen eine Riesentorheit wäre. Im Gegenteil, unsere Aufgabe besteht darin, uns durch Ausbau der Verträge, namentlich auf der Brücke, die zum Südosten und zum Balkan führt, weitere Märkte zu erschließen.

Löbe wieder Reichstagspräsident

In der Stichwahl gegen Dr. Scholz mit 269 gegen 209 bei 77 ungültigen Stimmen gewählt

Die drei Vizepräsidenten: Stöhr (Nat.-Soz.), Esser (Ztr.), Graef (Deutschnat.)

Der Reichstag wählte Mittwoch in der sechsten Abendstunde den Sozialdemokraten Löbe zu seinem Präsidenten.

In der Stichwahl erhielt Löbe 269, der volksparteiliche Fraktionsvorsitzende Dr. Scholz 209 Stimmen, 77 Stimmen waren ungültig.

Die Nationalsozialisten begleiteten die Bekanntgabe des Ergebnisses mit ohrenbetäubenden Protestkundgebungen, während die Sozialdemokraten in demonstrativen Beifall ausbrachen. Minutenlang herrschte ein unbeschreiblicher Lärm; grelle Pfiffe ertönten.

Dann übernahm Präsident Löbe den Vorsitz.

Zum Vizepräsidenten wurde gewählt: der Nationalsozialist Stöhr mit 288 Stimmen. Die Nationalsozialisten begrüßten das Ergebnis mit jubelnden Heilrufen. Stöhr nahm die Wahl an.

Vizepräsidenten wurden ferner der Zentrumsabgeordnete und bisherige Vizepräsident Esser, der 427 Stimmen erhielt, und der Deutschnationale Graef-Thüringen, der in der Stichwahl 231 Stimmen erhielt. 200 Stimmen entfielen auf den von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen, auch von der Deutschen Volkspartei unterstützten Bayerischen Volksparteiler Dr. Pfleger.

(Siehe auch Seite 2)

*

Der Ältestenrat behandelte am Abend die Verteilung der Präsidentenposten für die verschiedenen Ausschüsse. Nach seinen Vorschlägen sollen die Sozialdemokraten den Haushaltsausschuß, den Handelspolitischen und den Volkswirtschaftlichen erhalten, die Nationalsozialistischen den Auswärtigen und den Rechtsausschuß, die Kommunisten den Geschäftsordnungs- und den Beamtenausschuß, das Zentrum den Sozialpolitischen und den Verkehrsausschuß, die Deutschnationalen den Steuerausschuß. Die endgültige Entscheidung fällt das Plenum.

Die Nationalsozialisten werden voraussichtlich den Grafen Reventlow mit dem Vorsitz im Auswärtigen Ausschuß betrauen.

Heute Regierungserklärung

Die Regierungserklärung, die Reichskanzler Dr. Brüning heute nachmittag im Reichstag abgeben wird, ist das Ergebnis langwieriger Beratungen innerhalb des Kabinetts und zwischen den beteiligten Ressorts. Sie wird, wie wir hören, von der Verteidigung der auf Grund des Artikels 48 in Kraft gesetzten Notmaßregeln ausgehen und auf Grund der jetzigen finanziellen und wirtschaftlichen Situation die zur Fortsetzung des Sanierungswerkes geplanten neuen Maßregeln erläutern.

Der Abschnitt über die Außenpolitik ist besonders sorgfältig formuliert worden, und zwar in Sonderbesprechungen, an denen neben dem Reichskanzler und dem Außenminister auch andere Mitglieder des Kabinetts teilnahmen. Was die Tributpolitik betrifft, so wird voraussichtlich angekündigt werden, daß die Entscheidung über die etwaige Stellung eines deutschen Antrages auf Gewährung eines Moratoriums erst dann möglich sei, wenn die innere Sanierung hinreichend gesichert sein werde.

Der Sozialpolitik wird mit Rücksicht auf die schwebenden aktuellen Fragen ein breiter Raum gewidmet werden. Um falschen Ausdeutungen der bisherigen Preis- und Lohnsenkungspläne des Kabinetts vorzubeugen, sollen die Grenzen erörtert werden, die nach Ansicht des Arbeitsministeriums besonders auf dem Gebiete der Lohnpolitik gegeben sind. In weitere parlamentarische Kombinationen wird sich die Regierungserklärung nicht einlassen. Ihre Verlesung wird etwa eine halbe Stunde in Anspruch nehmen.

Der neu gebildete Ältestenausschuß, der Mittwoch nachmittag vor der Vollsitzung unter dem Alterspräsidenten Herold seine erste Sitzung abhielt, hat in Aussicht genommen, daß die Donnerstagsitzung im Anschluß an die Rede des Kanzlers auf eine Stunde unterbrochen wird.

Die große politische Aussprache

soll aber noch am Donnerstag in Angriff genommen werden. Sie wird voraussichtlich den Freitag und den ganzen Sonnabend in Anspruch nehmen. Mit der Debatte über die Regierungserklärung sollen die Mißtrauensanträge, die Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen und das Schuldentilgungsgesetz verbunden werden. Alle diese Anträge gehen dem Haushaltsausschuß zu, der sie möglichst noch während der Debatte entscheidungsreif machen soll. Im Anschluß an die politische Debatte soll eine längere Beratungspause eintreten, voraussichtlich bis Mitte November.

Landvolkpartei gegen das Kabinett

Die Reichstagsfraktion der Landvolkpartei hat beschlossen, bei der Abstimmung über die Mißtrauensanträge, die voraussichtlich am Sonnabend stattfinden wird, geschlossen gegen das Kabinett Brüning zu stimmen. Sie hat zwar kein eigenes Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett eingebracht, wohl aber gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius.

Bergbau erwägt Kohlenpreissenkung

Lohn- und Preisabbau soll auf der ganzen Linie in Gang kommen

Wieder mutige Initiative der Schwerindustrie

pl. **Essen**, 15. 10. (Eigenbericht)

Allem Anschein nach sind Bestrebungen im Gange, die Entscheidungen in der Frage des Berliner Metallarbeiterkonflikts in Verbindung zu bringen mit einer Ermäßigung der Ruhrkohlenpreise, einem Vorgang, der auch eine Herabsetzung anderer Preissätze im Gefolge haben solle. Daß mit dem Reichswirtschaftsminister über den Zeitpunkt und das Ausmaß einer Preissenkung Verhandlungen schweben, trifft nicht zu, wohl aber wird innerhalb des Kreises der Bergbautreibenden die Preisfrage gegenwärtig diskutiert.

Es ist das Schlimme, daß durch die Laufzeit der starren Lohntarife sofort wirksame Beschlüsse in dieser Richtung erschwert werden. Daß eine Lohnherabsetzung auch im Bergbau, namentlich auch im Ruhrbergbau kommen wird (die Tarife an der Ruhr laufen bis Ende 1030), erscheint ja nicht nur nötig, sondern auch sehr wahrscheinlich. Und das nicht nur aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen, sondern auch im Interesse des Bergbaus selber eine Preisermäßigung naheliegt, darüber herrscht im Ruhrbergbau Einigkeit.

Wenn die Gewerkschaften sich sofort zu einer Lohnermäßigung bekennen würden, würde auch der Bergbau, sicher lieber heute als morgen, die Preise ermäßigen können, ja, es gibt Meinungen im Ruhrbergbau, die im Preisabbau über die durch Ermäßigung der Löhne eintretende Selbstkostensenkung hinausgehen wollen. Der Bergbau will also grundsätzlich Opfer bringen, obwohl er seine Geldreserven durch den Absatzmangel bzw. die große Brennstofflagerung eingebüßt hat.

*

Wie wir zu dieser Meldung weiter erfahren, hat sich in bergbaulichen Kreisen die Auffassung verstärkt, daß das Lohn- und Preisniveau im Wanken und daß die Regierung entschlossen ist, diesem Gesundungsprozeß nicht von der lohnpolitischen Seite her in die Arme zu fallen. Eine Vorleistung des Bergbaues mit den Preisen würde eine außerordentliche Vertrauenskundgebung für eine konsequente Regierungspolitik bedeuten.

Mit der Kohlenpreissenkung würde sowohl eine weitere Eisenpreissenkung ermöglicht werden, wie auch eine Verbilligung der Transportkosten für die Eisenbahn. Ferner scheint die Metallindustrie bereit, aus der Kohlenpreissenkung weitere preispolitische Konsequenzen zu ziehen.

Einer der Träger der Politik des Lohn- und Preisabbaues unter gleichzeitiger Wahrung des Prinzips der Erhaltung der Realkaufkraft ist bekanntlich der Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald. An seine Adresse würde sich also die Aktion einer Kohlenpreissenkung besonders richten. Er würde in die Lage versetzt werden, auch die letzten psychologischen Widerstände gegen die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs für die Berliner Metallindustrie zu brechen. Schließlich ist an der absoluten Notwendigkeit, den Schiedsspruch durchzuführen, auch dann nicht zu zweifeln, wenn in der übrigen Industrie keine preispolitischen Aktionen erfolgten. Diese Aktionen aber sind es, welche Schwung in die Bewegung bringen und dem Lohn- und Preisabbau den einheitlichen Gesichtspunkt der allgemeinen Verbilligung jeder Leistung und Ware unterlegen, den das ganze Volk begreift und fordert.

Die Erwägungen des Kohlenbergbaus während der letzten Tage reihen sich dem mutigen und verantwortungsbewußten Vorgehen in der Angelegenheit der Eisenpreise würdig an die Seite und sind geeignet, den Kredit Deutschlands als der Verkörperung einer von mutigen Unternehmern gestützten und vorwärts gebrachten Nation gewaltig zu heben.

*

pl. **Essen**, 15. 10. (Eigenbericht)

Die Industrie- und Handelskammer Essen-Mülheim-Oberhausen beschäftigte sich in einer Vollversammlung mit dem Finanzprogramm der Reichsregierung und faßte hierzu folgende Entschließung:

Das Finanzprogramm erfüllt nicht alle volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Notwendigkeiten, bedeutet aber einen ersten ernsten Schritt im Sinne der Ordnung der öffentlichen Finanzen. Wir begrüßen die darin zum Ausdruck gebrachte Absehr von der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik und sind grundsätzlich bereit, die Reichsregierung bei ihrer Durchführung zu unterstützen, um endlich die Grundlage für den notwendigen weiteren Aufbau zu schaffen. Wir erwarten jedoch, daß das Programm in wesentlichen Punkten ergänzt wird. So fordern wir insbesondere die Verkleinerung des völlig überspitzten Verwaltungsapparats in Reich, Ländern und Gemeinden und die unverzügliche Inangriffnahme der Reform der Arbeitslosenversicherung. Die auch von der Reichsregierung als überspannt anerkannten Realsteuern müssen mit dem Ziel ihrer völligen Beseitigung gesenkt werden. Ausgleichsmöglichkeit hierzu bietet die stärkere Belastung des entbehrlichen Verbrauchs. Die unverzügliche Verwirklichung der Gesamtheit dieser Maßnahmen ist eine der Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt, für die Wiedereinstellung der Millionen Arbeitslosen in die Betriebe und für die Anbahnung einer erfolgreichen Revision der Reparationsfrage.

Paris, 15. 10.

Der Präsident der Republik, Doumergue, ist an Bord des Kreuzers „Colbert" in Casablanca eingetroffen und mit großen Feierlichkeiten empfangen worden.

Hochspannung in Bombay

200 neue Verhaftungen

Bombay, 15. 10. (Sonderdienst der „DAZ")

Die Säuberungsaktion in Bombay wurde heute fortgesetzt. Militär und Polizei haben den ganzen Tag über Razzias vorgenommen und zahlreiche Führer der nationalistischen Bewegung verhaftet. 150 bewaffnete Polizisten besetzten das Kongreß-Haus, das nationalistische Hauptquartier in Bombay, verhafteten den Präsidenten des Kongresses und 60 in dem Gebäude anwesende Kongreßmitglieder und beschlagnahmte Papiere und sonstiges Material. Die seit Monaten über dem Gebäude flatternde Nationalistenflagge wurde niedergeholt und durch den Union Jack ersetzt.

Gleichzeitig wurden Razzias auf sämtliche anderen nationalistischen Organisationen in Bombay unternommen und im ganzen rund 200 Verhaftungen vorgenommen. Die Verhafteten wurden sofort vor Gericht geführt und die meisten von ihnen nach kurzer Verhandlung zu drei oder vier Monaten Gefängnis verurteilt.

An verschiedenen Stellen der Stadt kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. Die Polizei machte von ihren Knüppeln Gebrauch, viele Personen wurden verletzt. Die militärisch wichtigen Punkte der Stadt sind von Militär und Polizei besetzt, und Militärpatrouillen in Lastautos durchstreifen die Straßen. Man erwartet Unruhen, besonders in dem Spinnereiviertel.

Strafverfahren gegen den früheren deutschen Sejmabgeordneten Graebe

ki. **Warschau**, 15. 10. (Eigenbericht)

Wie die polnische Regierungspresse aus Bromberg meldet, hat der Staatsanwalt des Kreisgerichts in Bromberg das Strafverfahren gegen den früheren deutschen Sejmabgeordneten Graebe in Sachen des Deutschtumbundes eingeleitet. Graebe ist inzwischen durch den Untersuchungsrichter vernommen worden, und noch im Laufe dieser Vorwoche soll der Anklageakt gegen Graebe abgeschlossen werden, um ihn noch vor den Neuwahlen zur Verantwortung ziehen zu können.

New York, 15. 10.

Owen D. Young ist mit dem Dampfer „Leviathan" nach Europa abgereist.

Premiere von gestern

Henrik Ibsen: „Nora"

Schiller-Theater

Ein Versuch, Ibsen in Zeitkostümen wieder lebendig zu machen. Zum Teil unter Herrn Zehlings Regie ausgezeichnet, gegen den Schluß hin zu langsam und damit verblassend. Nora war Frau Mannheim, Helmer Herr Leibelt. Herr Müthel machte den Dr. Frank, Herr Franck sehr eindringlich den Krogstadt. Großer Beifall.

F.